

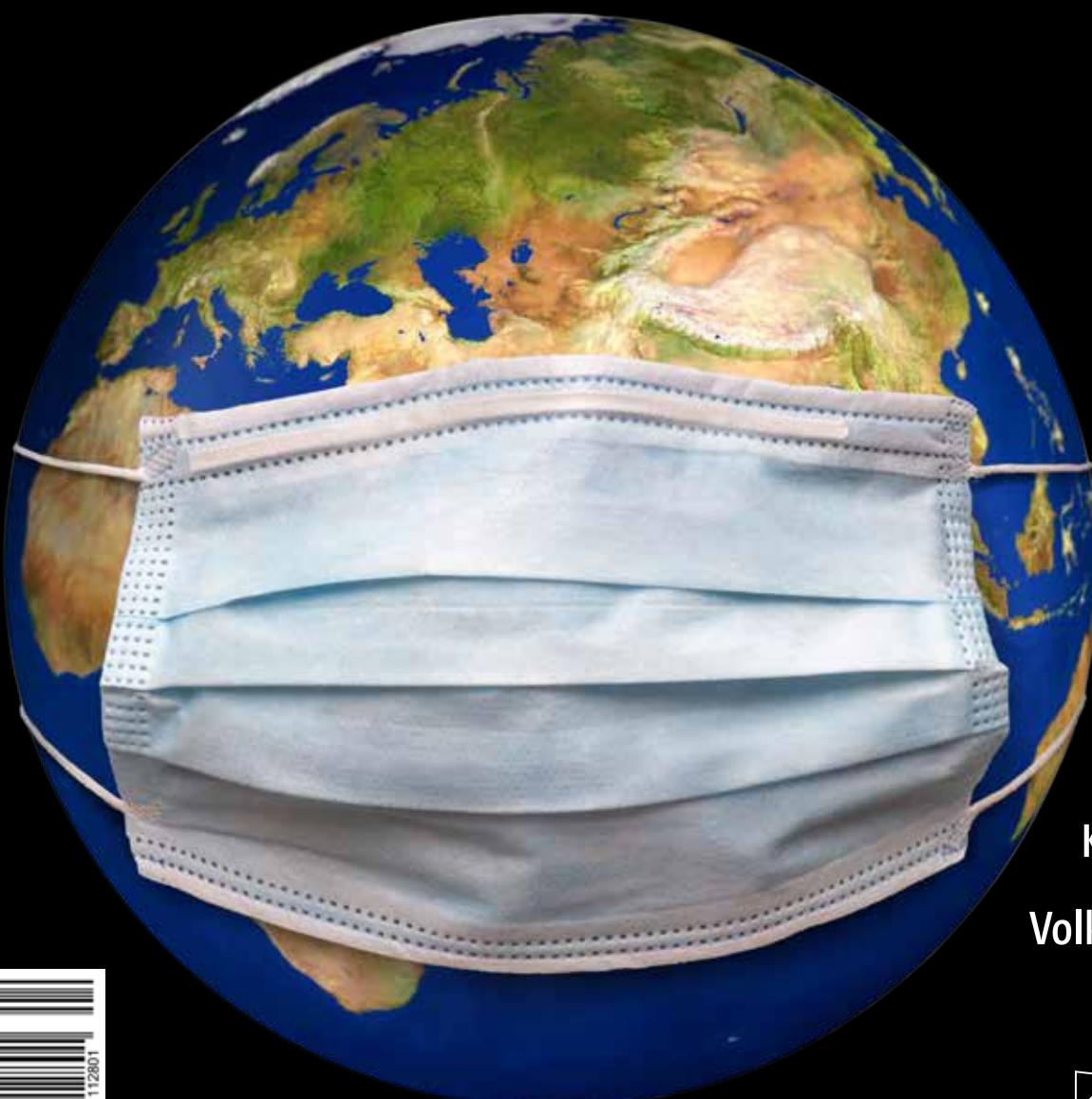
POLITIKUM

Heft 4 | 2020

ANALYSEN | KONTROVERSEN | BILDUNG

SOUVERÄNITÄTSKRISE

Deutschland: € 12,80, Österreich: € 13,90, Schweiz: sFr 16,90



Souveränität,
Weltordnung
und Corona

Rückkehr zum
starken Staat?

Was heißt
europäische
Souveränität?

Schwächen
der deutschen
Krisenvorsorge

Volkssouveränität
in der Krise?



 WOCHEN
SCHAU
VERLAG



Seite 4

Schwerpunkt
Corona und die Weltordnung

Die Weltpolitik wird durch die Corona-Krise durcheinandergeschüttelt. Der Staat ist zurück und Global-Governance-Träume sind ferner denn je. Was bedeutet es, wenn der Blick sich nach innen verengt und internationale Aufgaben vernachlässigt werden?



Seite 12

Schwerpunkt
Starker Staat – aber welcher?

Das Virus als „demokratische Zumutung“ gefährdet zwar nicht die demokratischen Institutionen. Gesellschaftliche Konflikte erfordern aber eine Erneuerung des Leitbildes des zum Schutz der Bevölkerung fähigen demokratischen Verfassungsstaates.



Seite 22

Schwerpunkt
Stresstest für zentrale Staatsprinzipien

Populistische und antidemokratische Bewegungen und Parteien versuchen, „Krisenverlierer“ der Pandemie zu organisieren. Corona ist ein Stresstest für zentrale Staatsprinzipien. Besteht Deutschland den Test?



Seite 30

Schwerpunkt
Volkssouveränität

Die Zusammensetzung des Begriffs aus „Volk“ und „Souveränität“ birgt reichlich Konfliktstoff. Wie steht es in westlichen Demokratien um Volkssouveränität im Sinne einer effektiven Herrschaft des Volkes über sich selbst?



Seite 38

Schwerpunkt
Europäische Souveränität

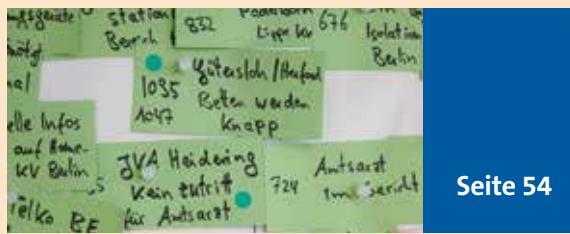
Souveränität hat zunehmend auch eine europapolitische Dimension und die EU wird von manchen als ernstzunehmender Aspirant auf politische Souveränität wahrgenommen. Allerdings ist der Nationalstaat dabei keinesfalls abgemeldet.



Seite 44

Schwerpunkt
Entwicklungen im Nahen und Mittleren Osten

Staatliche Souveränität ist in vielen Teilen der Erde ein von außen aufgezwungenes Konzept. In unserer Nachbarregion Nahost wird das besonders sichtbar. Wie könnte ein Alternativkonzept zum Nationalstaat aussehen – und mit welche Konsequenzen?



Schwerpunkt

Zivil- und Katastrophenschutz

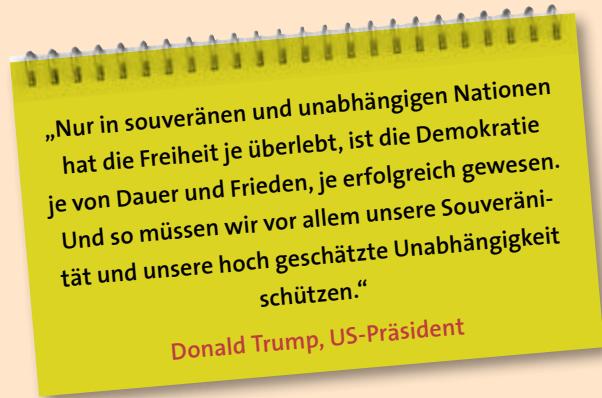
Deutschland war unzureichend auf die Herausforderungen der Pandemie vorbereitet. Das hat auch damit zu tun, dass beim Thema Zivilschutz Spar- und Effizienzdruck dominierten und falsche Annahmen zu Sorglosigkeit geführt haben.



Forum

Mut zur Macht

Macht hat einen schlechten Leumund. Sie gilt als moralisches Übel und als unterdrückerisch. Zu Unrecht. Macht sollte vielmehr als Ressource von Handlungsautonomie verstanden werden – und dann lässt sich über die Themen besser streiten.



Seite 62

Seite 54

■ Souveränitätskrise

Johannes Varwick

Souveränität, Weltordnung und Corona 4

Winfried Kluth

Rückkehr zum starken Staat – aber zu welchem?

Das Souveränitätsparadigma im Lichte der

Pandemieerfahrung 12

Stefan Marschall

Staatsprinzipien im Stress test

Deutschland in der Corona-Krise 22

Franziska Martensen

Volkssouveränität in der Krise? 30

Emanuel Richter

Jenseits von Territorialität

Was heißt europäische Souveränität? 38

Stefan Lukas und Christoph Leonhardt

Au revoir Nationalstaat?

Veränderte Souveränitätskonstellationen

im Nahen und Mittleren Osten 44

André Uzulis

Bedingt vorbereitet

Das Corona-Virus zeigt die Schwächen

der deutschen Krisenvorsorge 54

Infokasten Zivil- und Katastrophenschutz 60

■ Forum

Dominik Meier und Christian Blum

Mut zur Macht. Politische Praxeologie als Lehre vom erfolgreichen Machtgebrauch 62

■ Rezensionen

Bücher zum Thema 68

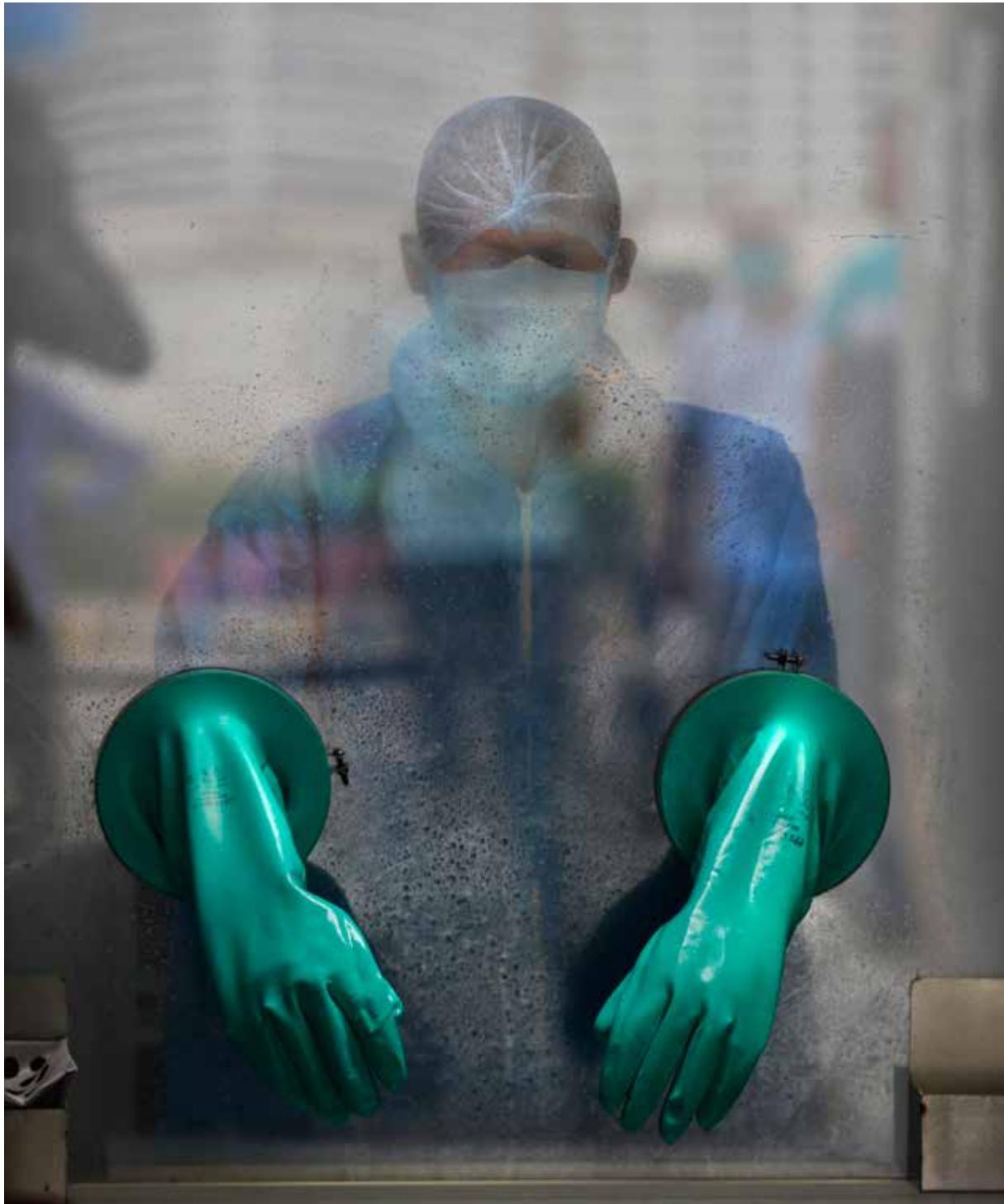
Bücher aus der Politikwissenschaft 72

Bücher für den Politikunterricht 74

Das besondere Buch 78

■ Literaturtipps

Impressum 80



© picture alliance / ASSOCIATED PRESS | Manish Swarup

SOUVERÄNITÄT, WELTORDNUNG UND CORONA

von JOHANNES VARWICK

Copyright Wochenschau Verlag

Wie verändert Corona internationale Politik und die Frage staatlicher Souveränität? Die grundlegenden Strukturmerkmale, die Gesetzmäßigkeiten und Logiken der internationalen Politik werden sich aller Voraussicht nach nicht fundamental verändern. Mit der Corona-Krise ist aber eine Rückkehr des Staates zu beobachten und Global-Governance-Träume sind ferner denn je. Alle Strategien müssen kritisch hinterfragt werden – ohne allerdings zu erwarten, dass internationale Politik kooperativer verlaufen wird. „Versicherheitlichung“ und „Resilienzbildung zu Hause“ werden die kommenden Jahre prägen. Die Pflichten jenseits des eigenen Staates (*duties beyond borders*) geraten weiter unter Druck.

Die COVID-19-Pandemie ist eine globale Krise wie keine andere. In nahezu allen Staaten dieser Welt sind Fälle aufgetreten, es kann also ohne jeden Zweifel von einer globalen Pandemie gesprochen werden. Nicht nur, weil sie krank macht und tötet, sondern auch, weil sie zahlreiche sekundäre Auswirkungen wie

.....

Am Ende gibt es bei einer globalen Pandemie keine nationale Rettung

.....

eine globale Rezession und Armutskrisen in weiten Teilen der Welt hat. Der UN-Generalsekretär sprach gar davon, dass diese Pandemie die größte Bewährungsprobe sei, der die Welt sich seit dem Zweiten Weltkrieg gegenübersehe.

Der Blick auf Corona endet oftmals an den Grenzen von Nationalstaaten oder bestenfalls an denen Europas. Und natürlich gibt es zuerst eine Verantwortung für die unmittelbare Umgebung, die Nachbarschaft, die Region und das eigene Land. Dass sich aber die öffentliche Debatte fast ausschließlich um die Frage dreht, wie die deutsche Gesellschaft reagieren soll, ist eine folgenschwere Vereinfachung. Für eine Exportnation wie Deutschland wirkt diese Debatte zudem befremdlich. Denn am Ende gibt es bei einer globalen Pandemie keine nationale Rettung.

Die Chefs aller Sonderorganisationen der Vereinten Nationen haben die Lage jüngst in einer gemeinsamen Erklärung nüchtern so zusammengefasst: „Niemand ist sicher, solange nicht jeder sicher ist“ (Berkley 2020).

Internationale Ordnung und Steuerungsfähigkeit internationaler Politik

Die globale Dimension der Corona-Pandemie ist singular. Das heißt jedoch nicht, dass es keine diesbezüglichen Befunde und Warnungen aus der Wissenschaft gab. Doch waren diese eben wenige Stimmen unter vielen, sie bezogen sich auf potentiell ferne Probleme mit vermeintlich geringer Eintreffwahrscheinlichkeit und sie haben es deshalb nicht geschafft, handlungsleitend für die Politik zu werden. Das ist übrigens nicht als Vorwurf gemeint – denn wer hätte in den Gesellschaften schon goutiert, dass die Politik Ressourcen für Herausforderungen zur Verfügung stellt, die als unwahrscheinlich gelten und zudem nicht breit öffentlich diskutiert werden?

Jede weltweite Krise hat Auswirkungen auf das internationale System, dessen Strukturen, Normen und Institutionen:

- Der Erste Weltkrieg brachte den wenig erfolgreichen Völkerbund hervor,
- der Zweite Weltkrieg führte zur Geburt der Vereinten Nationen,

- die Terroranschläge vom 11. September 2001 veränderten das Völkerrecht und verstärkten die Dekade der Interventionen, u.a. in Afghanistan und im Irak,
- und die Weltfinanzkrise ab 2008 schließlich verwandelte die G-20 von einem Finanzministerclub in ein Gremium der Staats- und Regierungschefs.
- Welche möglichen Veränderungen der internationalen Politik könnte die Corona-Krise ab 2020 auslösen?

Ganz grundsätzlich betrachtet: In der internationalen Politik ist es bislang zu keiner problemangemessenen Herausbildung von Strukturen gekommen, die internationale Probleme wirksam in den Griff bekommen

.....

Internationale Politik ist Politik unter den Bedingungen der Anarchie

.....

könnte. Vielmehr entsteht ein nationales Gegeneinander und eine fragmentierte Landschaft von Formaten, Institutionen und Programmen. Dennoch ist es nicht so, dass keine internationalen Institutionen existierten, die zumindest der Idee nach für die Bearbeitung genau solcher Situationen geschaffen wurden, sei es im Rahmen der Vereinten Nationen und ihrer Sonderorganisationen wie der Weltgesundheitsorganisation oder regionaler Organisationen mit unterschiedlich breitem Themen- und Mitgliederspektrum. Beispiele sind auch internationale Regime, also freiwillige, wenngleich im Einzelfall sanktionsbewehrte Abkommen für ein relativ eng begrenztes Themenfeld. Zu denken ist etwa an die von Deutschland unterstützte „Global Health Initiative“, die bereits Anfang der 2000 Jahre gegründet wurde.

Politik unter den Bedingungen der Anarchie

Die bestehenden internationalen Institutionen weisen gravierende Defizite hinsichtlich ihrer Effizienz, Durchsetzungsfähigkeit und Finanzierung auf, die ihre Handlungsfähigkeit erheblich beschränken und die Attraktivität alternativer Formate potentiell erhöhen. Die traditionelle Führungsmacht USA fällt derzeit aufgrund einer engstirnigen America-First-Politik unter Präsident Trump aus. Während der Ebola-Pandemie 2014 hatten die USA noch die Führungsrolle inne. Es ist schmerzlich zu sehen, dass sie nun auch hier als Weltordnungsmacht ausfallen. China versucht,

diese Rolle einzunehmen, versagt aber ebenfalls offenkundig, auch aufgrund eigener Versäumnisse bei der Bekämpfung in der Frühphase der Pandemie. Die Folge ist, dass sich für den Zerfall oder die Gefährdung von Ordnungen niemand zuständig fühlt bzw. bereit ist, die erheblichen Kosten und Risiken der Wiederherstellung von Ordnung zu tragen. In dieses Vakuum stießen bereits vor der Krise Mächte (z.B. Russland in Syrien, China in Teilen Afrikas), die die Probleme auf eine Weise angehen, die den Grundsätzen eines friedlichen und fairen internationalen Umgangs miteinander widerspricht und die auch nicht nachhaltig ist.

Strukturell ist das nicht wirklich verwunderlich. Denn internationale Politik ist Politik unter den Bedingungen der Anarchie. Das bedeutet, dass die Nationalstaaten eine zentrale Rolle haben, sie können sich internationalen Regelungen freiwillig unterwerfen oder diese mitgestalten, aber sie können eben von niemandem dazu gezwungen werden.

Mit der Corona-Krise können wir zunächst einmal eine nochmals verstärkte Rückkehr des Staates in der internationalen Politik beobachten. Allerdings ist die Krise ein Stresstest für die Effizienz von Staaten, auch hinsichtlich des Systemwettbewerbs zwischen Demokratie und Autokratie. Hier gibt es inzwischen zahlreiche quantitative Indices, etwa das COVID-19-Ranking (Deep Knowledge Group 2020). Aber auch ein herme-neutischer Blick auf die Weltpolitik – also die verste-hende qualitative Betrachtung der Strukturmerkmale der internationalen Beziehungen – ergibt ein eher düsteres Bild von der momentanen Steuerungsfähig-keit der ‚internationalen Gemeinschaft‘. Zugleich aber belegt er die unbedingte Notwendigkeit effektiver internationaler Governance, die ausgehend von den veränderten Gegebenheiten zumindest in Teilen neu gedacht werden muss.

Sicherheitspolitik und Pandemien

Mit der Erweiterung des klassischen Verständnisses von Sicherheitspolitik und insbesondere dem Ansatz ‚menschlicher Sicherheit‘ ist bereits vor vielen Jahren eine neue Perspektive in das Blickfeld von Forschung und Politik geraten: die der Gesundheit und ihrer Ri-siken. ‚Sicherheit‘ lässt sich unter anderem auch als körperliche Unversehrtheit eigener Staatsbürger in-terpretieren. Sofern dies nur das einzelne Individuum betrifft, mag man eine Relevanz für die nationale oder internationale Sicherheitspolitik allenfalls am Rande erkennen. Wenn es sich bei Gesundheitsgefährdun-



© picture alliance / AA | Javed Sultan

In Indien strandeten Tausende Wanderarbeiter in Delhi.

gen allerdings um grundlegende strukturelle und in globalen Beziehungen angelegte Prozesse handelt, verdienen sie eine nähere Betrachtung hinsichtlich ihrer Ursachen und Folgen.

Globale Gesundheitsfragen berühren ein breites Spektrum internationaler Beziehungen: Entwicklung, Sicherheit, Handel, Wirtschaft, Forschung, Bildung, Migration, Umwelt- und Klimaschutz sowie humanitäre Hilfe. Zugleich hat der Bedeutungszuwachs von Gesundheitsfragen auf der internationalen Ebene zu einer wachsenden Anzahl von staatlichen, zwischenstaatlichen und nichtstaatlichen Akteuren – einer globalen Gesundheitsarchitektur – geführt. Das Thema Gesundheit gehört allerdings auch zu den Aspekten ‚menschlicher Sicherheit‘, deren Aufnahme in das erweiterte Spektrum moderner Sicherheitspolitik nicht unumstritten war. Die These einer zunehmenden ‚Versicherheitlichung‘ von Politikfeldern (*securitisation*) lässt sich an diesem Beispiel durchaus kritisch diskutieren.

Trotz dieser Einwände macht es durchaus Sinn, sich einigen zentralen Fragen menschlicher Gesundheit, der Verbreitung von Krankheiten und deren konflikttreibender Wirkung gerade auch aus sicherheitspolitischer

Perspektive anzunehmen. Im internationalen Kontext ist eine Pandemie wie folgt definiert: die länder- bzw. kontinentübergreifende Ausbreitung einer menschlichen Infektionskrankheit (einer Seuche), die das Potenzial schwerer gesundheitlicher und mitunter tödlicher Auswirkungen besitzt. Im Unterschied zur Epidemie ist sie örtlich nicht beschränkt und kann sich regional oder gar global mit hoher Geschwindigkeit ausbreiten. Aus staatlicher Perspektive geht es dabei zum einen um den unmittelbaren Schutz der eigenen Bevölkerung durch geeignete Vorsorge- oder Therapiemaßnahmen, zum anderen aber auch um das erfolgreiche Abschotten des eigenen Territoriums und damit der Bürger im Land vor den Krankheitserregern. Letzteres erfordert in der Regel eine enge internationale Abstimmung vorbeugender und reaktiver Maßnahmen, mit wichtiger Rolle für die Weltgesundheitsorganisation.

Die transnationale Relevanz der Pandemievorsorge bzw. -bekämpfung versteht sich im Zeitalter der Globalisierung von selbst. Es handelt sich um einen Risikoaspekt, dessen Dynamik mit Corona schlagartig deutlich wird. Mit der nahezu ungebremsten Mobilität von Menschen und dem freien Austausch von Gütern über große Entfernung finden auch Krankheitserreger ihren Weg. Infektionsauslöser können durch internationalen Flug- und Reiseverkehr und Handelsbeziehungen nahezu jeden Erdteil innerhalb weniger Stunden oder Tage erreichen und dort ebenso rasch Epidemien mit gravierenden Folgen auslösen, auf die das lokale Gesundheitswesen nicht hinreichend vorbereitet ist. Man muss beim Thema Seuchen, Pandemien und Epidemien keineswegs nur an die Pest im Mittelalter denken. Diese brauchte übrigens 25 bis 30 Jahre, um von der chinesischen Küste entlang der Routen der Seidenstraße nach Europa zu kommen. Auch die jüngere Geschichte ist reich an bedeutsamen Beispielen – von der Spanischen Grippe mit 50 Mio. Todesopfern in den Jahren 1918–1920 bis hin zu SARS-Krise in Asien im Jahr 2003, der Schweinegrippe in Lateinamerika im Jahr 2009 oder der Ebola-Pandemie von 2014/15 in Westafrika.

„Souveränität und Lastenteilung müssen in ein ausgewogenes Verhältnis gebracht werden.“

Ursula von der Leyen,
Präsidentin der Europäischen Kommission

Gleichwohl: COVID-19 ist von singulärer Dimension. Es war aber vorher absehbar, dass auch in entwicklungspolitischer Hinsicht dem Thema Gesundheitsvorsorge eine wachsende Bedeutung zukam. Die ärmeren Staaten des globalen Südens sind weit überdurchschnittlich von seuchenartigen Pandemien und Epidemien betroffen – auch wenn empirisch noch unklar ist, wie genau und mit welchen Konsequenzen für die im Schnitt deutlich jüngere Bevölkerung etwa in Afrika sich dort das Virus verbreitet. Fest steht: Die ökonomischen Folgen werden die Entwicklungsländer hart treffen. Auch die weniger leistungsfähigen Gesundheitssysteme werden das dort weniger gut auffangen können. Die Konsequenzen betreffen also in jedem Fall das Folgenmanagement.

Es ist wahrscheinlich, dass die Verbindung von öffentlicher Gesundheitsvorsorge und Sicherheit künftig mehr Aufmerksamkeit bekommen wird, was zur Stärkung der Weltgesundheitsorganisation und zu verbindlichen Regeln etwa zur Bevorratung von medizinischem Gerät führen sollte. Daraus resultiert auch die Notwendigkeit von systematischer Prävention – die sich in diesem Fall nicht nur auf konkrete Vorsorgemaßnahmen (z. B. im Gesundheitssystem) bezieht, sondern auch auf die Etablierung, Beübung und Ausstattung eines geeigneten internationalen Instrumentariums zur Krisenbewältigung bezieht. Die Krise zeigt in aller Dramatik: Schwache Gesundheitssysteme in einzelnen Ländern gefährden auch die Bevölkerung in anderen Staaten. Absehbar ist auch, dass sich das Themenfeld Resilienz – also Widerstandsfähigkeit – als neues sicherheitspolitisches Paradigma etablieren wird. Dies wird wiederum Konsequenzen für die Bereitschaft haben, sicherheitspolitische Ressourcen und Energie in klassische Aufgaben der Sicherheitspolitik zu investieren – von Bündnisverteidigung über militärisches Krisenmanagement bis zu Peacekeeping-Missionen. Auch die Verteidigungshaushalte dürften dabei massiv unter Druck geraten.

Internationale Diskurse und Problemberiche infolge der Corona-Krise

Mit Robert Malley (2020) lassen sich zwei Narrative unterscheiden:

- Das erste Narrativ folgt der Annahme, dass die globale Gesundheitskrise die Notwendigkeit von



Die Gesundheitskrise wird vielerorts zur Armutskrise.

Multilateralismus und globaler Kooperation ebenso vor Augen führt wie den Irrweg des Nationalismus und der Isolationismus.

- Das zweite Narrativ lautet genau umgekehrt: Durch Globalisierung und offene Grenzen werden Länder anfällig gegenüber Viren und anderen Bedrohungen, und der aktuelle Kampf um die Kontrolle von Lieferketten und lebensrettenden Schutzausrüstungen erfordert, dass sich jedes Land zunächst um sich selbst kümmert.

Je nachdem welchem Narrativ man folgt, unterscheiden sich die Bewertungen und Konsequenzen ganz erheblich. Die beschriebenen Aspekte finden sich auch in den Reaktionen der internationalen Gemeinschaft auf die aktuelle Krise wieder. Der Generalsekretär der Vereinten Nationen, António Guterres, sprach jüngst in einem ARD-Interview davon, dass wir eine „Dysfunktionalität in den internationalen Beziehungen“ erlebten, weil die größten Mächte gegeneinander antreten. Der VN-Sicherheitsrat hat sich bisher dreimal – erstmals im Jahr 2000 mit HIV/AIDS, dann 2014 mit der Ebola-Pandemie und im

April und Juli 2020 mit Corona – mit Gesundheitsfragen befasst und diese jeweils als eine Bedrohung für Frieden und Stabilität definiert. Allerdings wird die ohrenbetäubende Stille des Sicherheitsrates bei Corona deutlich kritisiert, der aufgrund unterschiedlicher Interessen der fünf Veto-mächte gelähmt ist. Auch die Treffen der G-7 und der G-20, von IWF oder Weltbank haben zwar erhebliche Finanzmittel mobilisiert, zentrale Akteure sind diese Organisationen aber bisher nicht.

Weltpolitische Trends

Nachdem der Aufruf des VN-Generalsekretärs vom März 2020 zu einem sofortigen globalen Waffenstillstand in allen Teilen der Welt ohne große Wirkung geblieben war, legte Guterres Anfang April vor dem VN-Sicherheitsrat dar, was ihn besonders besorgt: „The pandemic also poses a significant threat to the maintenance of international peace and security – potentially leading to an increase in social unrest and violence that would greatly undermine our ability to fight the disease.“ In acht Punkten führte er das weiter aus, darunter der Gedanke, dass fragile und schwache Staaten zu den Verlierern gehören und bestehende Konflikte weiter eskalieren könnten. Dazu gehören auch die generelle Gefahr, Terrorgruppen könnten die Zeit der Krise ausnutzen, während Regierungen durch die Bewältigung der Pandemie abgelenkt seien. Er sieht auch eine wachsende Gefahr von Angriffen durch Bioterroristen, die zum Ziel haben könnten, neue Pandemien wie die gegenwärtige auszulösen. Die Schwächen und die mangelhafte Vorbereitung, die durch diese Pandemie offen gelegt wurden, geben Einblicke darin, wie ein bioterroristischer Angriff aussehen könnte – und erhöhten möglicherweise das Risiko dafür –, Alptraum-Szenarien, die in der Wissenschaft schon vorher diskutiert wurden, etwa in Form der Thematik Bio-Kampfstoffe in den Händen von Terroristen.

Zusammengefasst lassen sich vier weltpolitische Trends infolge der Corona-Krise ausmachen:



Schwächung ohnehin instabiler Regionen und Staaten: Es wäre ein Wunder, wenn die Pandemie nicht in Regionen massiv durchschlagen würde, aus denen wir bislang wenig Berichte über Erkrankungen haben. Alle empirischen Daten sprechen dafür, dass sich auch in Konfliktregionen wie Syrien, Libyen oder Subsahara-Afrika insgesamt Millionen infizieren werden. Dort gibt es keine funktionierende Staatlichkeit und kein leistungsfähiges Gesundheitssystem. Die Folgen werden dramatisch sein.

De-Globalisierung: Der Gedanke der Vorteilhaftigkeit internationaler Arbeitsteilung dürfte mit der Krise nachhaltig unter Druck geraten, und zwar nicht nur temporär infolge des massiven Einbruchs der

Schwache Gesundheitssysteme gefährden auch die Bevölkerung in anderen Staaten

Weltwirtschaft. Die globalen Lieferketten dürften in Teilen unter dem Schlagwort Krisenresistenz und Resilienz neu aufgestellt werden. Wir werden wohl eine massive De-Globalisierung erleben – die zu Wohlstandsverlusten führen dürfte. In mancherlei Hinsicht dürfte Corona also „der Tropfen sein, der das Fass der Globalisierungskritik zum Überlaufen gebracht hat“ (Menzel 2020). Deutschland wird von diesen Trends übrigens weit kräftiger durcheinandergeschüttelt werden als andere Staaten. Wir haben in den vergangenen Jahrzehnten massiv von der Globalisierung profitiert. Wenn sich nun die De-Globalisierung spürbar verstärkt, wird das an ein Ende kommen. Das wird Konsequenzen haben für unsere Wirtschafts- und Sozialordnung und unseren Wohlstand. Insbesondere wird dies auch China als dem größten Profiteur der Globalisierung treffen und Konsequenzen für Chinas Rolle in der internationalen Politik haben.

Veränderte Machtbalance zwischen China und den USA: In den vergangenen Jahren war bereits eine neue Phase der Großmachtrivalität zwischen China und den USA zu beobachten. Wahrscheinlich ist, dass die Pandemie wie ein Verstärker für amerikanische Bemühungen um eine Entkopplung von China wirken und damit Tendenzen verstärken wird, die auf eine sektorale De-Globalisierung hinauslaufen.



© picture alliance / ROBERT JAEGER / APA / picturedesk.com | ROBERT JAEGER

Grenzschließungen – nationale Alleingänge innerhalb der EU

Zudem versucht China im Schatten der Krise seine Machtposition in ganz Süd-Asien auszubauen, und zwar zunehmend aggressiv.

Nationalstaatliche Reflexe selbst in verdichteten transnationalen Räumen: Die Europäische Union wurde zu Beginn der Krise nahezu vollständig an den Rand gedrängt und ist zudem zerrissen zwischen Nord und Süd. Grenzen wurde geschlossen und nationale Maßnahmen ohne viel Kooperation mit Brüssel getroffen. Zwar ist die EU zunehmend zurück aufs Spielfeld gekommen, es wurde aber wieder einmal deutlich, dass, wie Ulrich Speck (2019) das formuliert, „Krisenmanagement klar und deutlich Domäne der Hauptstädte ist“. Was das längerfristig für die Kohärenz und die Relevanz der EU bedeutet, ist unklar.

Corona als Weckruf

Von Henry Kissinger (2020) stammt die Einschätzung, dass die Corona-Pandemie die Weltordnung für immer verändern werde. „The historic challenge for leaders“, so Kissinger, „is to manage the crisis while building the future: failure could set the world on fire“.

Was könnte damit gemeint sein? Zunächst: Ja – Corona ist ohne Zweifel ein *game changer* und kann eine Art *defining moment* in der internationalen Politik sein. Aber:

- Die Interessenslagen der wichtigen Akteure haben sich nicht nachhaltig verändert, sondern folgen eher den bisherigen Linien.
- Die bestehenden Institutionen haben sich nur zum Teil bewährt, Gewinner ist einstweilen der souveräne Nationalstaat, Verlierer sind internationale Organisationen.
- Welche Ideen sich durchsetzen und in welchen Narrativen sich das Krisenmanagement bewegen wird – mehr nationale Nabelschau oder mehr globales Denken –, ist heute nicht absehbar.
- Die Fähigkeiten, die Krise zu lösen, sind besser als in vermutlich jeder anderen Phase der Menschheitsgeschichte. Das gilt für die Möglichkeiten einen Impfstoff zu entwickeln ebenso wie für die Behandlungsmöglichkeiten von Erkrankten. Ob diese im Sinne globaler Stabilität genutzt werden, bleibt bisher offen.

Insgesamt ist also doch viel Kontinuität zu konstatieren. Die Weltpolitik ist in Unruhe, aber Corona dürfte insgesamt eher die bereits bestehenden Trends verstetigen:

- Der Trend zur Re-Nationalisierung dürfte sich verstärken,
- Globalisierung wird sich neu formieren,
- autokratische Staaten werden noch autokratischer,
- schwache Staaten schwächer,
- schlecht gemanagte Länder fallen tiefer ins Chaos.

Corona, so der deutsche Entwicklungshilfeminister Gerd Müller (2020), ist also ein globaler Weckruf zur Zusammenarbeit. „Solidarität mit den anderen wird durch die Pandemie quasi zu unserem Eigeninteresse. Wir müssen die verbleibende Zeit nutzen, um auch in den Entwicklungs- und Schwellenländern entsprechende Maßnahmen einzuleiten und diese Länder in ihrem Kampf gegen das Virus zu unterstützen, wo wir nur können. Dafür benötigen wir international handlungsfähige Strukturen.“ Ob diese internationales Strukturen jedoch angesichts der absehbaren Folgen der Krise gestärkt werden, kann bezweifelt werden. Wünschenswert wäre das natürlich, aber ist es auch erwartbar?

„Duties beyond borders“ unter Druck

Ulrich Menzel (2020) gibt zu bedenken: „Das innenpolitische Pendeln zu Globalisierung und Global Governance bildet die Idee des Kosmopolitismus“. Es ist also zu erwarten, dass auch solche Ideen absehbar nicht populärer werden. Damit werden auch die „Duties beyond borders“, so ein fulminantes Buch von Stanley Hoffmann (1981), weiter unter Druck geraten. Der bereits erwähnte Vorsitzende der International Crisis Group, Robert Malley, formuliert das wie folgt: „In den kommenden Monaten und Jahren werden akute Notlagen auf nationaler Ebene die internationale Solidarität wie einen unerschwinglichen Luxus erscheinen lassen. Wenn es zu einer Kontraktion der Volkswirtschaften kommt, werden auch die Ressourcen schmelzen und die Regierungen werden Mühe haben, ihre eigenen Bevölkerungen zu versorgen. Die politischen Führungen werden vor immer größeren Schwierigkeiten stehen, die Mittelzuweisung für Entwicklungshilfe, internationale Gesundheits- und Hilfsorganisationen, Flüchtlinge oder diplomatische Initiativen zu rechtfertigen. Die zunehmende Unzufriedenheit im eigenen Land wird sich in noch größerer Wut und Ernüchterung gegenüber dem internationalen System niederschlagen.“

In diesem Sinne wäre der 11. September 2001 nicht der richtige Referenzpunkt für die Corona-Krise. Tragfähiger wäre der Vergleich mit den Folgen der Weltwirtschaftskrise in den Jahren nach 1929. Erst kam die ökonomische Destabilisierung in einer im Übrigen ökonomisch bereits erheblich verflochtenen Welt, dann die politische Destabilisierung – und dann ein Weltkrieg. Geschichte wiederholt sich natürlich nicht – aber manchmal reimt sie sich.

Das ist eine Mahnung, auch an die Kreativität der Wissenschaft, bei der Erarbeitung tragfähiger Lösungen mitzuwirken. Wir sollten jedenfalls alles daran setzen, mit der massiven Krise heute anders umzugehen und ähnliche Folgen wie in den 1930er Jahren zu vermeiden. Wir müssen mit aller Kraft verhindern, in ein konfliktträgliches nationalstaatliches Gegeneinander abzugleiten. Das ist die große Aufgabe, vor der wir jetzt stehen. In den Worten von Henry Kissinger: „No country, not even the US, can in a purely national effort overcome the virus. Addressing the necessities of the moment must ultimately be coupled with a global collaborative vision and program. If we cannot do both in tandem, we will face the worst of each“.

LITERATUR

- Berkley, Seth 2020: At Least 89 Vaccines Are Being Developed. It May Not Matter. In: New York Times vom 29.4.2020, <https://www.nytimes.com/2020/04/29/opinion/coronavirus-vaccine.html>
- Deep Knowledge Group 2020: Covid 19 Ranking, <https://www.dkv.global/covid>
- Guterres, António 2020a: Interview mit der ARD am 30.4.2020, <https://www.tagesschau.de/multimedia/video/video-695473.html>
- Guterres, António 2020b: Rede des UN Secretary-General vor dem Sicherheitsrat der Vereinten Nationen am 9.4.2020, <https://www.un.org/press/en/2020/sgsm20041.doc.htm>
- Hoffmann, Stanley 1981: Duties Beyond Borders: On the Limits and Possibilities of Ethical International Politics. New York.
- Kissinger, Henry 2020: The Coronavirus Pandemic Will Forever Alter the World Order. In: Wall Street Journal, 3.4.2020, <https://www.wsj.com/articles/the-coronavirus-pandemic-will-forever-alter-the-world-order-11585953005>
- Malley, Robert 2020: Brandbeschleuniger des Zerfalls. In: Internationale Politik und Gesellschaft, 27.4.2020, <https://www.ipg-journal.de/regionen/global/artikel/detail/brandbeschleuniger-des-zerfalls-4302/>
- Menzel, Ulrich 2020: Der Corona-Schock: Die finale Entzauberung der Globalisierung. In: Blätter für deutsche und internationale Politik (4) 2020.
- Müller, Gerd 2020: Interview des deutschen Entwicklungsmamisters mit dem Spiegel vom 4.4.2020.
- Speck, Ulrich 2020: Die Corona-Krise und die globale Ordnung, GSP-Einblick (3) 2020.



Prof. Dr. Johannes Varwick lehrt Internationale Beziehungen und Europäische Politik an der Martin-Luther-Universität Halle-Wittenberg, ist Präsident der Gesellschaft für Sicherheitspolitik und Mitherausgeber von **POLITIKUM**.



Stefan Müller

Reflexivität in der politischen Bildung

Eine reflexive politische Bildung zielt auf Mündigkeit ab. Dieses Buch skizziert die Anforderungen und Merkmale einer reflexiven politischen Bildung in Theorie, Didaktik und Praxis. Theoretische Grundlagen und didaktische Spannungsfelder werden diskutiert und in ihrer Verbundenheit mit normativen Annahmen offengelegt. Anschließend wird auf die praktische Umsetzung reflexiver Bildungserfahrungen im sozialwissenschaftlichen Unterricht sowie auf die Antisemitismusprävention in der Schule fokussiert.

ISBN 978-3-7344-1180-9, 264 S., € 32,00
E-Book ISBN 978-3-7344-1181-6 (PDF), € 28,99

Nachweis der Zitate in der Reihenfolge des Abdrucks im Heft:
D. Trump (zwei Zitate), 4.12.2018 bzw. 19.9.2017 | U. von der Leyen, Rede vor dem EP, 27.5.2020 | H.-J. Papier, in: Märkische Online Zeitung, 18.5.2020 | E. Macron, Rede an der Sorbonne, 26.9.2017 | A. Merkel, 28.8.2020 | Ch. von Marschall, in: Tagespiegel, 16.03.2020 | S. Lawrow, 6.2.2020 | J. Zielonka, in: ZEIT online, 24.3.2020 | R. Neugebauer, in: FAZ online, 5.5.2020 | E. Schnurer, in: The Atlantic, 2.6.2013 | M. Miegel, in: WELT online, 15.9.2018 | D. Schümer, in: WELT, 18.05.2020 | J.-C. Juncker, Rede zur Lage der Union, 12.9.2018 | H. Kundnani, in: Internationale Politik, 04/2020 | Stiftung Genshagen, Europapapier vom September 2020 | R. G. Asch, in: Wirtschaftswoche, 11.11.2016.
Coverbild: © agrarmotive – stock.adobe.com

POLITIKUM

Impressum

Erscheint im 6. Jahrgang in der Nachfolge der Zeitschrift „politische bildung“ als Vierteljahreszeitschrift des Wochenschau Verlags.

Verleger

Bernward Debus, Dr. Tessa Debus

Herausgeber

Prof. Dr. Sabine Achour
achour@zedat.fu-berlin.de

Prof. Dr. Hans-Jürgen Bieling
hans-juergen.bieling@uni-tuebingen.de

Prof. Dr. Peter Massing
massingr@zedat.fu-berlin.de

Prof. Dr. Stefan Schieren
stefan.schieren@ku-eichstaett.de

Prof. Dr. Johannes Varwick
johannes.varwick@politik.uni-halle.de

Dieses Heft wurde federführend herausgeben von:
Johannes Varwick

Beirat

Prof. Dr. Gabriele Abels (Univ. Tübingen), Prof. Dr. Uwe Andersen (Univ. Bochum), Prof. Dr. Anja Besand (TU Dresden), Prof. Dr. Gotthard Breit (Univ. Magdeburg), Prof. Dr. Thorsten Faas (FU Berlin), Prof. Dr. Sven Bernhard Gareis (Univ. Münster), Prof. Dr. Wilhelm Knelangen (Univ. Kiel), Prof. Dr. Sabine Kropp (FU Berlin), Prof. Dr. Bernd Ladwig (FU Berlin), Prof. Dr. Stephan Lessenich (Univ. München), Prof. Dr. Andreas Nölke (Univ. Frankfurt/M.), Prof. Dr. Monika Oberle (Univ. Göttingen), Prof. Dr. Kerstin Pohl (Univ. Mainz), Prof. Dr. Lothar Probst (Univ. Bremen), Prof. Dr. Marion Reiser (Univ. Jena), Prof. Dr. Armin Schäfer (Univ. Münster), Prof. Dr. Norman Weiß (Univ. Potsdam), Prof. Dr. Wichard Woyke (Univ. Münster)

Verlag und Vertrieb

WOCHENSCHAU VERLAG, Dr. Kurt Debus GmbH, Eschborner Landstr. 42-50, 60489 Frankfurt/M. Gesamtherstellung: Wochenschau Verlag • www.wochenschau-verlag.de

Aboservice / Heftbestellungen

Abonnementbestellungen: www.politikum.org,
Tel.: 069/7880772-0, politikum@wochenschau-verlag.de
Bestellungen von Einzelheften: wochenschau@brocom.de,
Tel.: 07154/1327-30

Bezugsbedingungen

Es erscheinen 4 Hefte + Sonderheft jährlich. Preise: Einzelheft € 12,80; Jahresabopreis € 49,00; Jahresabopreis für Studierende und Referendare € 24,50; alle Preise zzgl. Versandkosten. Kündigung 8 Wochen (30. April bzw. 31. Oktober) vor Ende des aktuellen Abrechnungszeitraums. Bankverbindung für Überweisungen: Volksbank Weinheim, IBAN DE59 6709 2300 0001 2709 07, BIC GENODE61WNM. Lieferung gegen Rechnung oder Lastschrift

Anzeigen

Christiane Klär, Wochenschau Verlag, Tel.: 069/7880772-23, Fax: 069/7880772-25, christiane.klaer@wochenschau-verlag.de
Der Zeitschrift liegt eine Verlagsbeilage bei.

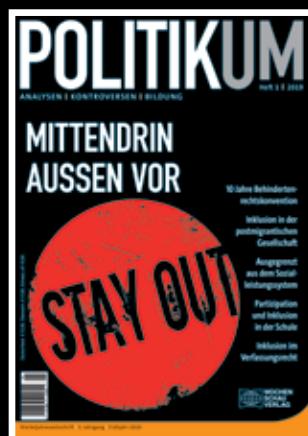
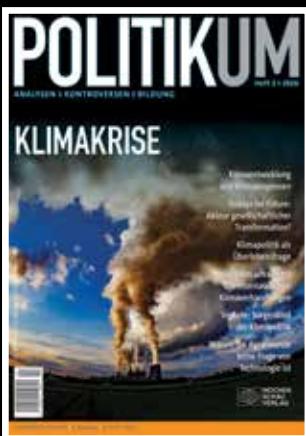
© WOCHENSCHAU VERLAG, Frankfurt/M.

Alle Beiträge sind gesetzlich geschützt. Kein Teil dieser Zeitschrift darf in irgendeiner Form (Druck, Fotokopie oder einem anderen Verfahren) ohne schriftliche Genehmigung des Verlages – außer in den gesetzlich vorgesehenen Ausnahmen – reproduziert oder unter Verwendung elektronischer Systeme verarbeitet werden. Zuwidderhandlungen werden strafrechtlich verfolgt.

ISSN 2364-4737 (Print) • ISSN 2701-1267 (Online)
Digitale Ausgaben: ISBN 978-3-7344-1169-4 (PDF),
ISBN 978-3-7344-1170-0 (E-PUB)

www.politikum.org www.facebook.com/ZeitschriftPolitikum

Weitere lieferbare Hefte



WOCHE
NSCHA
VERLAG

www.politikum.org